



Empfehlungen für mehr Gerechtigkeit in der Mobilität für Kinder, Jugendliche und Familien



Baden-Württemberg

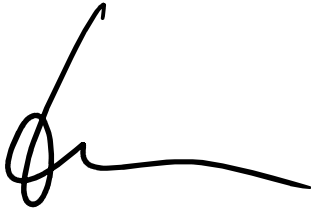
MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

Das Papier wird unterstützt von



Dr. John Litau
Liga der freien Wohlfahrtspflege
in Baden-Württemberg



Staatssekretärin Elke Zimmer
Ministerium für Verkehr
Baden-Württemberg



Kristin Schwarz
Kommunalverband Jugend und Soziales
Baden-Württemberg



Dominik Nawratil
Landesjugendring
Baden-Württemberg



Rosemarie Daumüller
Landesfamilienrat
Baden-Württemberg



Staatssekretärin Dr. Ute Leißig
Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Integration
Baden-Württemberg

Stuttgart, 08.12.2022

Inhalt

Einleitung.....	3
HANDLUNGSFELDER.....	4
1. Zuverlässiger ÖPNV – von früh bis spät.....	4
2. Sicherheitsgefühl erhöhen im ÖPNV	5
3. Kindgerechte Mobilität: selbstständig und selbstaktiv unterwegs sein können	5
4. Mehr Sicherheit und Sicht(barkeit) für Kinder und Jugendliche.....	7
5. Kinder und Jugendliche bei der Mobilitätsplanung besser beteiligen.....	7
6. Mobilität sichert Bildung und Teilhabe.....	8

Einleitung

Das bestehende Verkehrssystem braucht nicht nur eine ökologische, sondern eine sozial gerechte Neugestaltung! Mit Blick auf Kinder, Jugendliche und Familien müssen bestehende Ungerechtigkeiten beseitigt werden. Gerade Kinder und Jugendliche haben ein hohes Mobilitätsbedürfnis und sind auf gute öffentliche und nachhaltige Mobilitätsmöglichkeiten angewiesen. Für sie ist Mobilität auch ein Schlüssel zu Bildung und Erfahrungsgewinn.

Kinder, Jugendliche und ihre Familien wurden bisher bei der Gestaltung der Mobilität noch zu wenig beachtet. Ihre Bedürfnisse müssen im Verkehrssystem berücksichtigt werden, denn sie sollen sicher und barrierefrei unterwegs sein können und mit umweltverträglichen Fortbewegungsformen groß werden! Die Verkehrswende bietet dazu große Chancen.

Baden-Württemberg verfolgt das Ziel, bis 2040 klimaneutral zu sein. Schon bis 2030 sollen die Emissionen im Verkehrssektor um mindestens 55 Prozent reduziert werden. Es bleibt uns deshalb nur noch wenig Zeit, den Kfz-Verkehr zu reduzieren und auf klimafreundlichere Antriebe umzustellen.

Land und Kommunen gehen aktuell an mehreren Punkten beispielhaft voran. So stellt das Jugendticket für 365 Euro, das von Land, Landkreisen und Städten finanziert wird, einen Schritt für bezahlbare und eigenständige Mobilität im gesamten Land dar. Daneben wird es ein deutschlandweit gültiges Ticket für 49 Euro im Monat geben. Familien werden damit bei den Kosten für den Öffentlichen Verkehr signifikant entlastet. Mit der Mobilitätsgarantie wird das Ziel verfolgt, durch einen ambitionierten Ausbau des öffentlichen Verkehrs ein verlässliches Angebot für jede und jeden, in städtischen und in ländlichen Räumen, von 5 bis 24 Uhr zu schaffen.

Auch das Landesprogramm Aktiv zur Schule stärkt ab 2022 die eigenständige Mobilität rund um die Schule und verstärkt eine Reihe laufender weiterer Aktivitäten, z. B. die Erstellung von Schulwegplänen. Diese Schritte reichen jedoch nicht aus, um Kinder und Jugendliche eine gute Mobilität in Stadt und Land zu ermöglichen.

Dieses Empfehlungspapiers entstand aus einer Fachtagung zum Thema „Mobilitätswende gerecht gestalten – Kinder, Jugendliche und Familien“ am 23. Mai und 24. Mai 2022 in der Evangelischen Akademie Bad Boll. Die Teilnehmer:innen haben die folgenden Handlungsfelder als sehr wichtig identifiziert und dazu im Nachgang Empfehlungen formuliert.

HANDLUNGSFELDER

1. Zuverlässiger ÖPNV – von früh bis spät

Busse und Bahnen sind neben dem Fahrrad für viele Kinder und Jugendliche ein zentrales Fortbewegungsmittel. Es braucht ein gutes Angebot und eine an den Bedürfnissen der jungen Menschen angepasste Taktung, insbesondere im ländlichen Raum. Eine zentrale Rolle spielt hierbei die Verlässlichkeit von früh bis spät, damit Kinder und Jugendliche nicht plötzlich „stranden“ oder doch auf das Auto der Eltern angewiesen sind.

Ein Schlüssel gerade im ländlichen Raum sind flexible Bedienformen und alternative Mobilitätsformen, für die insbesondere Jugendliche offen sind. Die Vernetzung des ÖPNV mit Fußwegen, Fahrrad, On-Demand-Angeboten über die gesamte Reisekette spielt dabei eine besondere Rolle.



© 2022 Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg [CC BY-ND](#)

Die ÖPNV-Strategie 2030 des Landes sieht diese Maßnahmen vor.

Für viele Familien spielt die Bezahlbarkeit von Ticketpreisen eine erhebliche Rolle. Das Jugendticket ist ein Schritt, um Familien finanziell zu entlasten. Dennoch sind die Belastungen für einige Familien, insbesondere die, die auf soziale Sicherungssysteme angewiesen sind, weiterhin zu hoch. Das 9-Euro-Ticket war für viele Familien eine spürbare finanzielle Entlastung und ermöglichte auch einmal Ausflüge, die sie sich bisher nicht leisten konnten. Mit dem ebenfalls deutschlandweit gültigen Nachfolgeticket für 49 Euro wird es für manche Familien weiterhin eine finanzielle Entlastung geben, für andere Familien wird das Ticket jedoch zu teuer sein.

Unsere Empfehlungen an Politik und Verwaltung

- Ein massiver Ausbau des Angebots im ÖPNV und die Mobilitätsgarantie, wie sie in der ÖPNV-Strategie des Landes 2030 vorgesehen ist, müssen dringend umgesetzt werden.
- Busse und Bahnen müssen verlässlich fahren von früh bis spät. Fahrplanausfälle müssen vollständig vermieden werden.
- Familien, die auf soziale Sicherungssysteme angewiesen sind, müssen unterstützt werden, um eine für sie bezahlbare ÖPNV-Nutzung sicher zu stellen.

2. Sicherheitsgefühl erhöhen im ÖPNV

Busse und Bahnen sind das sicherste Transportmittel. Aber das Sicherheitsgefühl vieler Kinder und Jugendlicher und ihrer Eltern entspricht dem oft nicht! Dafür müssen insbesondere Bushaltestellen und Wartebereiche sowie Bahnhöfe und das Bahnhofsumfeld attraktiv gestaltet, gut beleuchtet, barrierefrei und sauber sein.

Ein Bustraining sollte als allgemeiner Servicestandard von den Verkehrsunternehmen vor Ort angeboten werden. Im Bereich der Schiene braucht es ebenfalls Schulungsangebote für Kinder und Jugendliche. Diese sollten im Rahmen der schulischen Bildung angeboten werden können. Kinder und Jugendliche sollten bei der Gestaltung der ÖPNV-Mobilität vor Ort beteiligt werden, um beispielsweise Taktzeiten in Fahrplänen zu optimieren.

Unsere Empfehlungen an Politik und Verwaltung

- Schon in den Ausschreibungen sollte das Angebot von Bustrainings und Jugendsprechstunden als Servicestandard integrierter Bestandteil sein.
- Schulungsangebote im Bereich des Schienenverkehrs sollten Teil der Verkehrserziehung von Schulen sein.
- Verkehrsunternehmen und die Bahn sollten mehr Sicherheit für Kinder und Jugendliche an den Gleisen, in den Zügen, am Bahnhof und auch im Bahnhofsumfeld schaffen, u. a. durch Notrufanlagen, Videoüberwachung, attraktive und zugängliche Warteräume, Beleuchtung und Sauberkeit.

3. Kindgerechte Mobilität: selbstständig und selbstaktiv unterwegs sein können

Kinder und Jugendliche sind immer seltener eigenständig unterwegs.¹ Der Bewegungsmangel schränkt die körperliche und kognitive Entwicklung ein und bewirkt dramatische gesundheitliche Probleme wie Übergewicht und motorische Defizite. In der Folge erkranken immer mehr Kinder und Jugendliche schwer und leiden unter anderem an Diabetes, Gelenkproblemen oder Depressionen.²

Zunehmend fallen Kinder durch die Fahrradprüfung in der Grundschule, weil ihnen die nötige Motorik fehlt. Es droht, dass eine ganze Kindergeneration dadurch von Beginn des jungen Lebens gesundheitliche Probleme und eingeschränkte Fortbewegungsmöglichkeiten mit sich schleppt. Dies gilt

¹ https://www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Monatshefte/PDF/Beitrag21_09_03.pdf

² <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/praevention/kindergesundheit/praevention-von-kinderuebergewicht.html>

nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Land. Kinder und Jugendliche müssen in ihrer selbstaktiven und sicheren Mobilität gestärkt werden. Gerade die oft kurzen Wege in Klein- und Mittelstädten bieten dazu gute Möglichkeiten.



© 2022 Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg [CC BY-ND](#)

Neben den bereits bestehenden Programmen der schulischen Verkehrs- und Mobilitätserziehung sollte jedes Kind ab dem Grundschulalter unabhängig vom Geldbeutel und der Einstellung der Eltern die Möglichkeit haben, ein Fahrrad oder einen Roller über den schulischen Kontext hinaus nutzen zu können. Neben der Verfügbarkeit von Fahrzeugen braucht es sichere und bevorzugte Abstellmöglichkeiten gegenüber dem Pkw und

auch eine entsprechende Wartung durch die Kommunen gerade an Schulen und Freizeitorten. Für eine sichere und barrierefreie Nutzung sind kindergerechte Fuß- und Radwege wichtig, die ausreichend breit, gut überschaubar und frei von parkenden Fahrzeugen sind. Nicht nur innerorts braucht es reduzierte Geschwindigkeiten des Autoverkehrs, sondern außerorts mindestens auch auf Landstraßen ohne eigenständigen Radweg.

Unsere Empfehlungen an Politik und Verwaltung

- Dem Elterntaxi Einhalt gebieten: Umbau von Straßen vor Schulen, so dass kein Autoverkehr mehr möglich ist, sondern auf Eltern-Haltestellen gelenkt wird.
- Leihfahrräder und Leihroller für bedürftige Kinder auch zur Nutzung in der Freizeit in allen Kommunen zur Verfügung stellen.
- Sichere und bevorzugte Abstellmöglichkeiten an Schulen, Einrichtungen für Kinder und Jugendliche und öffentlichen Spiel- und Aufenthaltsflächen garantieren.
- Fuß- und Radwege systematisch auf ihre Kinderverträglichkeit und Barrierefreiheit prüfen und ausbauen.
- Ampelschaltungen auf den Fuß- und Radverkehr ausrichten.
- Tempo 30 in Ortschaften und Tempo 70 auf Landstraßen soll einfacher eingeführt werden können.

4. Mehr Sicherheit und Sicht(barkeit) für Kinder und Jugendliche

Trotz Corona wurde in Deutschland im Schnitt im Jahr 2021 alle 24 Minuten ein Kind bei einem Verkehrsunfall verletzt oder getötet.³ Kinder sind keine Roboter, sondern bewegen sich spontan. Zudem „verschwinden“ sie hinter den immer größeren Autos und Wohnmobilen leicht. Kinder müssen besser wahrgenommen werden und brauchen dafür gute Sichtverhältnisse im Straßenverkehr. Parkende Autos und besonders große Fahrzeuge behindern ihre Sicht beim Queren von Straßen.

Die Gestaltung von Städten und Ortschaften muss an den Bedürfnissen der Menschen erfolgen. Kinder und Jugendliche müssen im Straßenbild sichtbar werden. Ihrem Bewegungsdrang muss im öffentlichen Raum mehr Platz eingeräumt werden. Das bedeutet auch weniger Platz für parkende und fahrende Kraftfahrzeuge!

Unsere Empfehlungen an Politik und Verwaltung

- Kommunen sollten mehr Begegnungszonen, Spielstraßen und Umwidmung von Parkplätzen im öffentlichen Raum ermöglicht werden und ermöglichen.
- Parkverbot für Wohnmobile und Lkw in Wohngebieten sollten wo möglich eingerichtet werden.
- Parkverbote müssen konsequent durchgesetzt werden (siehe auch Erlass zur Überwachung und Sanktionierung von Ordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr⁴).
- Kommunen sollten Querungsstellen durch Gestaltungselemente sicherer machen.
- Der Bund sollte die Straßenverkehrsordnung ändern, um Bus-, Rad- und Fußverkehr eine höhere Priorität gegenüber dem Kfz-Verkehr einzuräumen.

5. Kinder und Jugendliche bei der Mobilitätsplanung besser beteiligen

Kinder und Jugendliche sind selbst die Expert:innen für ihre Bedürfnisse. Sie liefern wichtige Impulse, wie Mobilität vor Ort gestaltet werden muss, damit Kinder und Jugendliche sich dort frei, selbstständig und sicher bewegen können.

³ [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/08/PD22_N055_46241.html#:~:text=Wie%20das%20Statistische%20Bundesamt%20\(Destatis,nie%20seit%20der%20Deutschen%20Vereinigung.](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/08/PD22_N055_46241.html#:~:text=Wie%20das%20Statistische%20Bundesamt%20(Destatis,nie%20seit%20der%20Deutschen%20Vereinigung.)

⁴ <https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/politik-zukunft/zukunftskonzepte/strategiedialog-automobilwirtschaft/strassen-aufwerten-neue-ansaetze-der-parkraumpolitik/workshop-4-parkraumueberwachung-und-kontrolle-spielraeume-nutzen-und-neue-wege-gehen/>

Um die Mobilität für Kinder und Jugendliche signifikant zu verbessern, ist eine frühe und systematische Beteiligung bei der Mobilitätsplanung und -gestaltung in den Kommunen entscheidend. Zum Beispiel bei der ÖPNV-Mobilität vor Ort können Kinder und Jugendliche sich einbringen, um u. a. Taktzeiten in Fahrplänen zu optimieren.

Unsere Empfehlungen an Politik und Verwaltung

- Landkreise, Gemeinden und Verkehrsunternehmen sollten Kinder und Jugendliche in verkehrsbezogenen Planungsprozessen systematisch beteiligen.
- Im Nahverkehrsplan müssen die Schulwegepläne berücksichtigt werden.
- Bei der Vorbereitung von Ausschreibungen zu Linien bzw. Linienbündeln sollten Kinder und Jugendliche beteiligt werden, um die Anforderungen schon frühzeitig berücksichtigen zu können.
- Jede Kommune sollte eine:n Kinder- und Jugendbeauftragte:n für Mobilität benennen.
- Fußverkehrchecks sollten mit Kindern und Jugendlichen durchgeführt werden.
- Unterschiedliche Institutionen sollten regelmäßige und anlassbezogene Befragungen von Jugendlichen zur Mobilitätssituation durchführen.
- Kommunen sollen die bereits verpflichtenden Schulwegepläne erstellen und die Erkenntnisse ämterübergreifend umsetzen.

6. Mobilität sichert Bildung und Teilhabe

Gerade für Kinder und Jugendliche ist Mobilität als selbstbestimmte Möglichkeit der Fortbewegung auch ein Schlüssel zu Bildung und Erfahrungsgewinn – das wird sich durch die Folgen des demografischen Wandels v. a. im ländlichen Raum in den kommenden Jahren noch verschärfen.

Bildung, auch im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (kurz BNE), ist die Grundlage für zukunftsfähige Veränderungen und nachhaltige Entwicklung. BNE verfolgt das Ziel, Menschen zu befähigen, nachhaltig zu denken und zu handeln. Dies gilt über alle formalen Bildungsbereiche hinweg und auch für die außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung. Informelle Bildungsprozesse finden oft in non-formalen Settings statt, daher soll das Zusammenspiel von Lernorten verschiedenster Art ein Teil professioneller Erwägungen und Handlungsweisen werden.

Eine schnelle Veränderung des Mobilitätsverhalten geht nicht ohne die Einbeziehung der Eltern. Damit Kinder und Jugendliche den ÖPNV nutzen oder ihre Wege selbstständig mit Roller, Fahrrad oder zu Fuß zurücklegen können, müssen Eltern ausreichend informiert und gebildet werden, damit sie ihren Kindern Verantwortung übertragen können.

Unsere Empfehlungen an Politik und Verwaltung

- Eltern müssen in die ÖPNV-Schulungen miteinbezogen werden.
- Mobilitätsverhalten muss stärker Bestandteil in der Familienbildung sein, damit Gefahren besser eingeschätzt werden können.
- Die Beteiligung von Eltern an Aktionen und Programmen muss gesichert sein, damit sie nachhaltig wirken können.

Land, Kommunen, Verbände, Bürger:innen alle sind gemeinsam gefragt, um mehr Gerechtigkeit für Kinder, Jugendliche und Familien in der Mobilität zu erreichen!

